

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/XX/154

Bonn, den 13. August 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	<u>Deutsche Weltraumforschung ?</u> Unangebrachtes nationales Prestigedenken Von Dr. Ulrich Lohmar, MdB	67
2	<u>Außerhalb der Wahrheit</u> Höcherl und die Notstandsgesetzgebung	24
2a	<u>Aus Fehlern die Lehre ziehen</u> Notwendige Bemerkungen zum "Fall Engst". Von Ernst Paul, MdB	47
3	<u>SPD: Anwalt der deutschen Sache nicht erst seit heute</u> Vor 50 Jahren in Berlin... Von Dr. Manfred Geßner	42
4 - 5	<u>Der Bund und Bonn</u> Steuererhöhungen und der Wahltermin drohen MdB Peter Mellen erhält Schützenhilfe von Aderauer bis Barzel	81

+ . + . +

## Deutsche Weltraumforschung ?

### Unangebrachtes nationales Prestigedenken

Von Dr. Ulrich Lohmar, MdB

In früheren Zeiten wurde die Macht eines Staates danach eingeschätzt, wieviel Kanonen und wieviel Soldaten er hatte. Das militärische Potential war das Etikett der Nationen. Ein oft ausgeprägtes militärisches Zeremoniell bei Staatsbesuchen zeigt, daß dieses Denken auch heute noch nicht ganz überwunden ist. Aber das Wachbattalion Bonn der Bundeswehr etwa vermittelt doch keinen Maßstab mehr für die Bedeutung der Bundesrepublik im Wettbewerb der Nationen in unseren Tagen. Wichtiger als Armeen sind heute Wissenschaft und Forschung, Bildung und Ausbildung. Über den Rang der Völker entscheiden mehr und mehr ihr berufliches und wissenschaftliches Können, immer weniger ihre militärische Macht. Die Helme der Astronauten haben die Pickelhaube verdrängt. Die beiden Großmächte schicken ihre Weltraumfahrer als Botschafter des wissenschaftlichen Fortschritts auf Reisen.

Die Weltraumforschung ist zu einem neuen Gradmesser des internationalen Ansehens geworden. Muß also hier mitun, wer etwas gelten will in der modernen Welt? Und ist es für die Bundesrepublik notwendig, sich in der Weltraumforschung zu einem eigenen Beitrag zu verstehen?

Wissenschaftsminister Lenz scheint dieser Ansicht zu sein. Dem Kongress der Europäischen Weltraumforscher in München nahm er zum Anlaß, den Start eines deutschen Forschungssatelliten für das Jahr 1968 anzukündigen. Der Minister forderte, im Haushalt des Bundes jährlich mindestens 200 Millionen DM für die deutsche Weltraumforschung bereitzustellen. Diese Summe klingt recht beachtlich. Aber sie würde dennoch, wenn sie verfügbar wäre, nur ein Hundertstel der Mittel ausmachen, die die USA jedes Jahr für Weltraumforschung und Weltraumfahrt aufwenden. Dabei halten die Amerikaner wie die Russen ihren außerordentlichen Vorsprung gegenüber jedem, der ihnen hier Konkurrenz machen möchte!

Es ist also offenkundig, daß die Bundesrepublik in der Weltraumforschung selbst dann nicht würde mithalten können, wenn sie ein Mehrfaches der von Minister Lenz geforderten Beträge dafür aufwendete. Ich halte deshalb wenig davon, wenn wir uns auf einem Gebiet in einen Wettbewerb einlassen, auf dem wir nur zu den Mißläufern gehören können.

Unsere Hochschulen brauchen für das nächste Jahr, wenn wir sie Zug um Zug ausbauen wollen, aus dem Bundeshaushalt mindestens 500 Millionen DM. Wie man hört, scheint der Bundesfinanzminister angesichts der angespannten Kassenlage des Bundes aber nur bereitzu sein, gut die Hälfte davon vorzusehen. Stagnation an unseren Universitäten wäre die Folge. Sollte man deshalb die 200 Millionen DM, die Herr Lenz einer deutschen Weltraumforschung geben will, nicht besser für den beschleunigten Ausbau unserer Hochschulen und für die Forschung in anderem Rahmen verwenden? Wir haben zu wenig Abiturienten, zu wenig Physiker, zu wenig Chemiker, zu wenig Mathematiker, zu wenig Biologen. Sollten wir nicht erst einmal sie ausbilden, anstatt uns mit eigenen Experimenten an der Weltraumforschung zu beteiligen? Wenn das deutsche Bildungswesen und unsere Hochschulen nicht von Grund auf in Ordnung gebracht werden, sind wir ohnehin bald abgehängt. Die begrenzten öffentlichen Mittel dürfen nicht verkleckert werden. Sie müssen da ein-

gesetzt werden, wo sie einen größtmöglichen Erfolg versprechen.

In der medizinischen oder in der sozialwirtschaftlichen Forschung, in der Stadtplanung oder in der Bildungsökonomie können wir mit ausreichenden Forschungsmitteln Bahnbrechendes leisten. Das wäre ein wirklicher Beitrag auch zur internationalen wissenschaftlichen Forschung. Im wissenschaftlichen Zusammenwirken auf internationaler Ebene werden wir ohnehin zu einer Arbeitsteilung kommen müssen. Sie zu erreichen, sollte sich die UNESCO als eine praktische Planungsaufgabe vornehmen.

Natürlich soll jungen deutschen Wissenschaftlern der Weg zur Weltforschung nicht verschlossen bleiben. Aber warum sollten sie nicht auf Cape Kennedy oder woanders in den USA mitarbeiten, und warum umgekehrt junge Amerikaner nicht weiter in der Bundesrepublik ihren wissenschaftlichen Studien nachgehen?

Nationales Prestigedenken ist kein guter Ratgeber in dieser Sache. Nicht aufwendiger, sondern ergiebiger muß die deutsche Forschung arbeiten, wenn sie unseren wissenschaftlichen Rang in der Welt behaupten und unseren Volk zugleich eine gute wirtschaftliche Zukunft sichern will.

#### Außerhalb der Wahrheit

sp - Bundesinnenminister Höcherl nimmt es mit der Wahrheit nicht immer genau, er gefällt sich in einer gewissen noncholanter Gelassenheit, die etwa seinen berüchtigten Ausspruch vor dem Bundestag entspricht, man könne von dem Bearten des Verfassungsschutzes nicht verlangen, daß sie das Grundgesetz ständig unter dem Arm tragen. Da fragte ein Herr Dr. Marx aus Bad Godesberg den Innenminister bei der Telefonaktion der Illustrierten Quick, ob ein wirksames Eingreifen bei den Flutkatastrophen in der Umgebung von Paderborn durch die fehlende Notstandsgesetzgebung verhindert worden sei. Hier die Antwort Höcherls; man muß sie Satz für Satz auf der Zunge zerfließen lassen:

- \* "Wenn wir z.B. das Zivilschutzkorps schon gehabt hätten, wären
- \* diese Schäden nicht entstanden. Das Zivilschutzkorps, das ich nach
- \* dänischem und norwegischem Vorbild einführen will, ist eine ganz
- \* modern ausgestattete Truppe, die in erster Linie zur Abwehr zivi-
- \* ler Katastrophen gedacht ist. Es hat sich ja bei den Flutkatastro-
- \* phen herausgestellt, daß in der Stunde der Gefahr kaum eine Funk-
- \* verbindung zustande kam, daß es stundenlang gedauert hat, bis von
- \* den Verwaltungsbehörden der Einsatzort erreicht wurde, daß keine
- \* Schlauchboote mit Motor vorhanden waren und daß den Hubschraubern
- \* die Strickleitern fehlten. Das würde es alles nicht gegeben haben,
- \* wenn wir das schon hätten, was ich vorgeschlagen habe."

Der Bundesinnenminister hat mit dieser Antwort sich selbst wieder einmal als Künstler an dem Kern einer Sache vorbeitreffender Darstellungen übertrifft. Der Leser bekommt den Eindruck, weil wir noch keine Notstandsgesetzgebung haben, mußte es bei den Überschwemmungen vermeidbare Schäden an Gut und Leben geben. Die Notstandsgesetzgebung, durch die Schuld der Regierung verzögert, hat jedoch mit den Schwierigkeiten bei der Bergung von Flutopfern nicht das geringste zutun; das müßte auch Herr Höcherl eigentlich wissen. Nichts hindert ihn daran, das Zivilschutzkorps, dessen Bildung der Bundestag mit großer Mehrheit beschloß, nun mit den notwendigen Mitteln auszustatten - auch ohne Notstandsgesetzgebung. - Bei Herrn Höcherl muß man sich wirklich häufig fragen, ob er so naiv ist, oder nur so tut als ob...

Aus Fehlern die Lehre ziehen!

Notwendige Bemerkungen zum "Fall Engst".

Von Ernst Paul, MdB

Die Institution des Wehrbeauftragten leidet unter einem Konstruktionsfehler, der immer wieder zu Unzulänglichkeiten führen muß: die vom Bundestag gewählte Persönlichkeit hat keinen kompetenten Stellvertreter. Es muß daran erinnert werden, daß bei der Schaffung des Gesetzes über den Wehrbeauftragten die sozialdemokratische Fraktion des Bundestages beantragt hatte, diesem auch einen vom Parlament gewählten Stellvertreter zur Seite zu stellen. Dieser Antrag ist damals von CDU/CSU und FDP im Bundestagsplenar abgelehnt worden. Man wollte nicht, daß die Institution durch die Bestellung eines ebenfalls dem Parlament verantwortlichen zweiten Mannes gestärkt und in der Sache so funktionstauglich wie möglich gemacht werde.

In der kurzen seit Einführung des Wehrbeauftragten verflonnenen Zeit hat es sich eindeutig erwiesen, welcher schwerer Fehler diese Einstellung gewesen ist. Daß der Präsident des Wehrerates nach einem Ausfall von drei Monaten vorübergehend den Wehrbeauftragten vertritt, kann nur als ein unvollkommener Ersatz gewertet werden. Die Erfahrung hat dies bewiesen.

Als Herr v. Grolmann zurücktreten mußte, vergingen mehrere Wochen, ehe ein neuer Wehrbeauftragter gefunden werden konnte. Das Amt war also längere Zeit ohne kompetente Leitung. Herr Heye fiel öfters durch Krankheit und Urlaube aus. Entscheidend war aber, daß er keinen vom Parlament bestellten Mann neben sich hatte, mit dem er sich hätte beraten können und der ihn auch während seiner dienstlich bedingten Abwesenheit vertrat oder der auch an seiner Stelle hätte Gruppenbesuche durchführen können. Es wurde nun ein Mann bestimmt, der das Büro zu leiten hatte. Dieser aber spielte sich gar bald als Stellvertreter des Wehrbeauftragten auf, zu dem ihn das Parlament nicht berufen hatte. Das kann nicht gut gehen.

Herr Dr. Franz Engst brachte für die Aufgabe eines Mitarbeiters des Wehrbeauftragten vieles mit. Er war mehrere Jahre Assistent des Verteidigungsausschusses gewesen und hatte sowohl die Schaffung des Gesetzes als auch die Suche nach dem Wehrbeauftragten miterlebt. Da er die Intentionen des Parlaments kannte, konnte er beim Aufbau des Amtes wertvolle Hilfe leisten. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Verteidigungsausschusses haben Herrn Engst immer als fähigen Beamten anerkannt und ihn nie spüren lassen, daß er Mitglied und Funktionär der CDU gewesen ist. Als einen kompetenten Stellvertreter des Wehrbeauftragten haben sie ihn jedoch nie betrachtet. Dazu ist er teils durch andere Kräfte, teils durch die wechselvollen Umstände gemacht worden. Er hätte Vorstand des Büros sein sollen, nicht mehr.

Aus jeder Fehlentwicklung müssen die Lehren gezogen werden, und je ne parlamentarischen Kräfte, die dafür verantwortlich sind, müssen die Konsequenzen tragen. Der Wehrbeauftragte braucht einen vom Parlament gewählten und diesem verantwortlichen Stellvertreter. Die Institution braucht den zweiten Mann. Es ist zu hoffen, daß der neue Bundestag eine entsprechende Ergänzung des Gesetzes vornehmen wird. Dann müssen aber auch CDU/CSU und FDP Schuld und Folgen ihrer falschen Einstellung eingestehen und bereit sein, ihren Fehler gut zu machen.

SPD: Anwalt der deutschen Sache nicht erst seit heute.

Von Dr. Manfred Geßler

Politiker der Sozialdemokratischen Partei haben in jüngster Vergangenheit besonders die Notwendigkeit hervorgehoben, konkrete Vorschläge für eine friedensvertragliche Regelung auszuarbeiten. Und es steht außer jeglichem Zweifel, daß eine von der SPD geführte Bundesregierung in diesem Sinne Gedanken entwickeln wird, um die deutsche Frage offensiv und nachhaltiger als bisher ins Spiel zu bringen.

Diese angestrebte Initiative erinnert an die Leitsätze zur Friedensfrage, die auf der gemeinsamen Sitzung von Parteivorstand, Parteiausschuß und Reichstagsfraktion vom 14. - 16. August 1915 beschlossen worden sind. Ging es der Sozialdemokratie damals um die Wahrung der politischen Unabhängigkeit und Unversehrtheit des Deutschen Reiches, so kämpft sie heute für dessen Einheit. In beiden Fällen handelt es sich um den Schutz unserer staatlichen Substanz.

Nach dem Ende des ersten Weltkrieges 1928 hatte es sich bitter gerächt, daß auf die Aofassung des Versailler Vertrages deutscherseits kein Einfluß genommen werden konnte. Zumeilen kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, als ob führende Männer der noch amtierenden Regierung daraus keine Lehren gezogen hätten. Den Sozialdemokraten war jedenfalls in dieser denkwürdigen Sitzung vor 50 Jahren völlig klar, daß die Unversehrtheit des Reiches der politisch gestaltenden Kraft der deutschen Regierung bedurfte.

Um den Anspruch auf die Überwindung der Spaltung würde es schlecht bestellt sein, wenn sich in der Weltöffentlichkeit die Meinung durchsetzte, die Bundesregierung widerspreche der Normalisierung der Nachkriegsverhältnisse. Bisher blieb es der kommunistischen Seite vorbehalten, einen deutschen Friedensvertrag zu fordern. Der Ostblock versucht u. a. auf diese Weise glaubhaft zu machen, die westlichen Bündnispartner wollten den Zustand des "kalten Krieges" aufrechterhalten. Solange dieser Politik nur ein Nein entgegengesetzt wurde, waren die Kommunisten in einer propagandistisch günstigen Ausgangsposition.

Es ist ein außenpolitisches Gebot der Stunde, nach Absprache mit unseren Verbündeten eine alternative Konzeption auf den Tisch der Weltpolitik zu legen. Dadurch könnten die Westmächte in dieser Frage wieder das Gesetz des Handelns an sich reißen, das Gespräch über die Zukunft Deutschlands käme wieder in Gang; aus dem propagandistischen Monolog des Ostens würde möglicherweise ein versachlichter politischer Dialog mit dem Westen. Freilich werden die mit uns verbündeten Partner Vorschläge aus der Bundesrepublik erwarten. Das ist ihr gutes Recht. Daß die Sozialdemokratie bereits während des ersten Weltkrieges eine auf die Bewahrung der Einheit Deutschlands gerichtete Politik getrieben hat beweist, daß bei ihr das Schicksal unseres Vaterlandes in rührigen Händen liegt.

## Der Bund und Bonn

---

### Steuererhöhungen und der Wahltermin drohen

MdB Peter Mellen erhält Schützenhilfe von Adenauer bis Barzel

H.B.-er. - "Die bisherige Bundesregierung und die bisherige Bundestagsmehrheit sind den Gemeinden mit Vorbehalten und den Städten darüber hinaus mit offenem Mißtrauen begegnet; sie haben wenig getan, um unseren Gemeinden die Erfüllung ihrer vielfältigen Aufgaben zu erleichtern." Diese anklagenden Worte richtete der SPD-Vorsitzende und Berliner Regierende Bürgermeister Willy Brandt auf dem Städtetage der SPD in Köln an die Verantwortlichen der derzeitigen Regierungsparteien.

Wie sehr der SPD-Vorsitzende mit seiner Kritik recht hat, ist hinlänglich bekannt. Die Stadt Bonn liefert den lebendigen Beweis dafür, daß sich der Bund, - besser gesagt - die bisher Regierenden sich noch nicht einmal ausreichend um jene Stadt kümmern, die seit 1949 diese Regierung beherbergt; mit wenig zusätzlichen Förderungen, aber mit einem Urmass an zusätzlichen Lasten und Pflichten.

Wahlkreisabgeordneter der Stadt Bonn ist seit 1949 Dr. Konrad Adenauer, also der gleiche Politiker, der vor 1949 bis 1963 vom Palais Schaumburg aus die "Richtlinien der Politik" zu bestimmen hatte. (Im Gegensatz zu seinem Nachfolger hat der Altkanzler davon ja auch Gebrauch gemacht.) Aber für die nicht zuletzt von ihm selbst gekürte Hauptstadt hat der heutige CDU-Vorsitzende wenig getan. Obschon - oder weil? - der Bonner Rat die ganzen Jahre eine christlich-demokratische Mehrheit hatte.

Jetzt, kurz vor der Wahl, hat Konrad Adenauer in seiner Eigenschaft als Bonner CDU-MdB den Bonner Generalanzeiger bei einer Politiker-Umfrage dieses wissen lassen:

\*"Die schwierige Finanzlage der Stadt Bonn ist eine Angelegenheit, die mich seit Jahren beschäftigt. Zuletzt hatte ich mich mit einem Schreiben an den Bundesminister der Finanzen gewandt und diesen um Sofortmaßnahmen gebeten..."

Nun, der sozialdemokratische Abgeordnete und SPD-Gegandkandidat Adenauers, Peter Mellen, hatte im vergangenen Jahr, als der Bonner Stadtkämmerer wieder einmal Alarm schlug, den Sonderfall Bonn bereits in der Fragestunde des Bundestages zur Sprache gebracht. Oberstadtdirektor und Stadtkämmerer wußten für die Initiative dem SPD-Abgeordneten Dank und Anerkennung. Finanzminister Dählgrün ließ damals seinen Staatssekretär erklären, von 1959 bis 1965 habe der Bund zur Förderung kommunaler Bauvorhaben an die Stadt immerhin Zahlungen von fast 15 Millionen DM geleistet.

stet und für 1965 seien auch an die 4,2 Millionen vorgesehen. Diese Zahlungen seien nach Artikel 106 Abs. 7 des Grundgesetzes geleistet worden. Weitere und höhere Ausgleichsleistungen könnten erst geleistet werden, wenn die Stadt nachweise, in welchem Umfang der Stadt neue Lasten entstanden seien, die der Bund veranlaßt habe.

Angesichts des drohenden millionenschweren Defizits im Bonner Stadthaushalt 1965 wollte der SPD-Abgeordnete Peter Meilen auch wissen, ob der Bund zum Etatsausgleich durch einen Bundeszuschuß beitragen könne. Das aber wies Staatssekretär Grund vom Finanzministerium weit von sich:

\*"Allgemeine Zuschüsse zu den Haushalten der Gemeinden sind verfassungsrechtlich n i c h t zulässig."

Der kommunale Finanzausgleich sei Sache der Länder. Aber Nordrhein-Westfalen, das natürlich den Bonnern bei bestimmten Vorhaben und im Rahmen der gesetzlichen Ausgleichsleistungen auch schon bescheiden unter die Arme gegriffen hatte, zeigte sich bisher auch nicht sonderlich zugänglich, weil man in Düsseldorf eben meint, der Bund könne für seine Hauptstadt ruhig mehr tun! So ist das CDU-verwaltete Bonn zwischen die Mühlsteine des CDU-regierten Landes und des CDU-regierten Bundes geraten. Als Musterbeispiel christlich-demokratischer Zusammenarbeit.

Dr. Rainer B a r z e l, Vorsitzender der CDU-Bundestagsfraktion, nach eigener Darstellung "langjähriger Bonner Bürger" will übrigens endlich auch etwas tun:

\*"Ich will Berlin nichts nehmen. In Berlin haben wir viel getan und werden dort weiter viel tun. Es ist an der Zeit, Bonn und den Gemeinden des Bonner Raumes tatkräftig zu helfen..."

Weshalb man aber endlich einmal tatkräftig an das Sonderproblem Bonn herangehen will, hat Kölns Oberbürgermeister Theo B u r a u e n dem Bonner Generalanzeiger gesagt: Weil Rat und Verwaltung keinen anderen Ausweg mehr wußten, als anzukündigen, daß eine Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer nicht mehr zu umgehen sei. Und seit diesem Zeitpunkt hat MdB Peter Meilen plötzlich viele Mitstreiter für höhere Bundesleistungen an Bonn. Kein Wunder: am 19. September ist Bundestagswahl. Auch in Bonn!

\* \* \*

P.S. Zu der Steuererhöhung ist es (noch) nicht gekommen. Dafür wurden aber zunächst die Tarife für die städtischen Verkehrsmittel kräftig angehoben, nicht zuletzt deshalb, weil die von CDU/CSU und FDP im Bundestag beschlossene Aufhebung der steuerlichen Vergünstigungen für kommunale Betriebe auch Bonn sehr hart getroffen hat:

+ + +